

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsabzugspreis - 80 Goldmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauergewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Bauergewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreigespaltene Aneignung oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Die Arbeiterbanken.

Von Fern Meyer.

In letzter Zeit spielen in der öffentlichen Meinung nicht nur Deutschlands, sondern besonders des Auslandes die Arbeiterbanken eine große Rolle. Am liebsten über die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbanken hat zu werden, ist es notwendig, wenigstens in großen Umrissen das Wesen der Banken überhaupt kurz zu beleuchten.

In der kapitalistischen Wirtschaft haben die Banken eine doppelte Funktion. Einmal haben sie die Aufgabe, Gelder, die vorübergehend frei sind und im Produktionsprozeß nicht gebraucht werden, zu sammeln und sie an die Stellen zu leiten, in denen Bedarf nach Geldern zur Umwandlung in Kapital besteht. Zum andern haben sie die Aufgabe, solche Gelder, die nicht aus kapitalistischen Unternehmungen stammen, also Spargelder, in Kapital umzuwandeln, das heißt, dem Produktionsprozeß als dauernde Anlage zuzuführen.

Diese doppelte Funktion, die die Banken zu erfüllen haben, hat in Deutschland zwei Typen von Banken herausgebildet: Die Banken im eigentlichen Sinne des Wortes und die Kreditinstitute, die den Sparverkehr organisieren (Sparbanken, Hypothekendarlehen, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaftsbanken usw.). Der Charakter der Gelder, die diesen Kreditinstituten zufließen, ist auch in sich verschieden. Die Gelder, die die eigentlichen Banken verwalteten, entstammen vornehmlich dem kapitalistischen Produktionsprozeß, in dem sie zeitweilig nicht gebraucht werden. Sie mühen sich nach einer gewissen Frist immer wieder in die Produktion zurückzuführen.

Diese Gelder sind deswegen von den Banken zum überwiegenden Teile ständig liquide zu halten, und so besteht, insbesondere für die Sparbanken, die zwingende Notwendigkeit, eine Liquidität ihrer Depositionen von etwa 70 % aufrechtzuerhalten. In normalen Zeiten geschieht das dadurch, daß die Banken diese Gelder für Geschäfte verwenden, die in sich den Charakter einer liquiden Anlage tragen, das heißt Wechselbillette, Lombardierungen und ähnliche Kredite. Der andere Teil der Depositionen und das eigene Vermögen der Bank können in Form von Wertpapieren und langfristigen Krediten verwandt werden. Dieses Verhältnis zwischen liquide zu erhalten und weniger liquide zu haltenden Anlagen ist nur erfahrungsgemäß festzustellen.

Infolge der Ausdehnung und Entwicklung des Aktienwesens haben die Banken die Möglichkeit, die an sich langfristige angelegten Depositionen wenigstens teilweise wieder flüssig zu machen durch Aktienemissionen und Verkauf von Aktien an ihre Kundenschaft beziehungsweise an der Börse. Die andere Kreditinstitute dagegen, wie Sparbanken, Versicherungsgesellschaften, Genossenschafts- und Hypothekendarlehen, sammeln vor allem die Teile von Einkommen, die für einen späteren Konsum bestimmt sind (Spargebühren, Rente Rentnervermögen, die fest angelegt eine dauernde Rendite abwerfen sollen. Diese Gelder sind natürlich langfristiger anlegbar durch Übernahme von Kommunal- und Staatsanleihen, durch langfristige Hypotheken, durch Übernahme von Industriebankobligationen usw.

Sie dienen hauptsächlich dazu, durch Neuanlagen und Investitionen die dauernde Erneuerung und Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen. Die hohe Bedeutung, die besonders den Spargeldern für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft zukommt, zeigt sich gerade jetzt nach der Verzögerung der Gelder durch die Inflation in Deutschland, deren Fehlen den Neuaufbau und die Expansion der Wirtschaft zu ungeheurer erschwert.

In einem Lande mit hochentwickeltem Kreditwesen sind derartige langfristige Anlagen wenigstens zu machen durch föhrenfähige Obligationen, Pfandbriefe und Anleihen. — Aber auch die zweite Kategorie der Kreditinstitute, wie Sparbanken, Hypothekendarlehen usw., muß ein bestimmtes Maß von Liquidität bewahren, das wieder nur erfahrungsgemäß feststellbar ist. In Krisenzeiten muß sich überflüssig die Liquidität eine viel größere sein als funktionierende Zentralnotenbank hat es immer in der Hand, durch ihre Finanzpolitik die Geldinstitute zu einer vorzüglichen Geschäftsabgrenzung zu veranlassen.

Die aufsteigende Konjunktur der Zeit vor dem Kriege hatte die Macht der Banken ungeheuerlich gesteigert. Dieser Wachstumsgang ging Hand in Hand mit dem Anwachsen der Industrie. Die Banken wiederum waren, um diese industrielle Macht, die mit ihrer Hilfe geschaffen war, meistern und lenken zu können, selber gezwungen, ihre Macht durch Konzentration zu steigern.

Die Konzentrationbewegung des Kapitals hatte natürlich auch ihre Auswirkung auf die Arbeiterwirtschaft, die sich gezwungen sah, der konzentrierten Macht der Arbeitgeber eine ebenso starke und konzentrierte Macht der Arbeitnehmer gegenüberzustellen, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Das zeigte sich in dem Erstarken und Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Finanzkraft. Vornehmlich die Erkenntnis der anwachsenden Macht des Kapitals, zu dem notgedrungen die Finanzen der Gewerkschaften als Einlagen bei den Großbanken beizutragen

und mitzuhelfen, war es, die den Gedanken der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank im Jahre 1912 diskussionsreif machte.

Es waren besonders Erwägungen technischer Natur, die 1912 diesen Plan nicht zur Verwirklichung kommen ließen: Die besondere Schwierigkeit, die Liquidität aufrechtzuerhalten infolge des einseitigen Charakters der zur Verfügung stehenden Gelder, und die Schwierigkeit, diese Gelder anlegen zu können, die Furcht vor dem Vorkauf durch die Finanzmächte und viele andere aus der damaligen Nachtlage herrührende Erwägungen.

Nach dem Kriege dagegen haben in den Vereinigten Staaten von Amerika die Gewerkschaften aus denselben Erkenntnissen heraus, die schon im Jahre 1912 in Deutschland die Gründung einer Gewerkschaftsbank zur Diskussion brachten, eigene Gewerkschaftsbanken gegründet. — Die amerikanischen Arbeiterbanken haben im Laufe der letzten Jahre einen ungeheuren Aufschwung erlebt. Die einzelnen

Vereinigt Euch!

Vor allem vereinigt Euch alle! Ihr seid verloren ohne Rückhalt, wenn Ihr gespalten seid. Und warum solltet Ihr es sein, wo so große gemeinschaftliche Interessen Euch einen? Sollen wirklich bei so großer Gefahr niedrige Eifersüchteleien und kleinliche Leidenschaftlichkeiten es wagen, sich fühlbar zu machen? Sind sie es wert, daß man sie um so hohen Preis betriebe! Und sollen Eure Kinder eines Tages, auf ihre Kehlen weisend, sagen: Das ist die Frucht der Uneinigkeit der Väter?

Kousseau

Gewerkschaften sind selbst Träger ihrer Banken und dehnen durch ein ausgebreitetes Filialnetz und Eröffnung immer weiterer Zweigstellen ihren Wirkungsbereich ständig aus. Sie verwalteten nicht nur die Gewerkschaftsvermögen, sondern auch Spareinlagen und geben diese Gelder nur an solche Unternehmungen, mit deren Geschäftsführung und Verhalten den Arbeitern gegenüber die Gewerkschaften einverstanden sind. Sie glauben, auf diese Weise der sozialen Reaktion, die insbesondere von den Krutis und Großunternehmungen ausgeht, wirksam entgegenzutreten zu können. Es ist auch angesichts der ungeheuren Ausdehnung und raschen Entwicklung, die die Arbeiterbanken in Amerika während der letzten Jahre genommen haben, nicht zu leugnen, daß ein nennenswerter Teil des in Amerika ständig wachsenden neuen Kapitals durch die Arbeiterbanken der direkten Verfügungsgewalt des Industrie- und Finanzkapitals entzogen wird.

Es ist heute noch nicht zu beurteilen und muß noch abgewartet werden, inwieweit angeleglich der Degeneration der amerikanischen Arbeiterbanken und der besonderen ideologischen Einstellung der dortigen Arbeiterbewegung eine solche, aufbauende, gemeinschaftliche Tätigkeit als Folge der Konzentration der finanziellen Macht in den Arbeiterbanken herbeigeführt wird, die ihrem ganzen Wesen nach von anderen sozialen und gesellschaftlichen Impulsen bewegt werden als die übrigen Banken.

In Deutschland dagegen war das vollkommene Verlagen der Banken in der Verwallung der ihnen anvertrauten Gelder während der Inflationsperiode ein Hauptanstoß, den Gedanken der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank wieder aufleben zu lassen. Dazu kam noch nach dem Kriegsende das gewaltige Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre gestärkte politische und wirtschaftliche Stellung im Staate. Andererseits konnte man gerade während der unsicheren Wirtschaft- und Währungsverhältnisse, die die Inflationsperiode charakterisieren, sich sehr schwer zur Gründung einer Bank entschließen, und erst als die Inflation im Wanken war und die Stabilisierung der Währung in Deutschland überschätzliche Verhältnisse schuf, ging man zur Gründung einer Gewerkschaftsbank über.

Ein Teil der Schwierigkeiten, die 1912 von der Gründung einer eigenen Gewerkschaftsbank abhielten, ist durch die Entwicklung beboden. Trotzdem ist bei einer reinen Gewerkschaftsbank, die sich hauptsächlich auf die Gelder der Gewerkschaften stützen muß, der einseitige Charakter der Gelder als Schwierigkeit für die Bank geblieben. Der Grad der Liquidität, den die Gewerkschaftsbank aufrechterhalten muß, ist ein viel höherer als bei den andern Banken. — Die Gewerkschaftsbanken sind wirtschaftliche Kampfgelder und deshalb vorwiegend als kurzfristige Kampfgelder zu betrachten. Sie müssen also stets verfügbar sein und können nur in solchen Geschäften angelegt werden, die jederzeit liquidierbar sind. So mühen vor allem Streiks und Ausperrungen in Beschaffung gestellt werden, die sich erfahrungsgemäß — wenigstens

in den letzten Jahren — selten auf eine Branche beschränken. Auch Wirtschaftskrisen und die sich daraus ergebende Arbeitslosigkeit stellen an die Gewerkschaften große finanzielle Ansprüche. Die Beitragsleistungen sind in solchen Zeiten allgemein geringer. Eine Wirtschaftskrise trifft zuerst und am schmerzhaftesten die Arbeiterbewegung, wenn auch immer beträchtliche Teile und wesentliche Berufsweige in Arbeit bleiben werden. Vorausgesetzt, daß alle gewerkschaftlichen Organisationen ihre Gelder bei der Gewerkschaftsbank haben, wird also auch bei schärfer Wirtschaftskrise immer noch ein Teil der Gewerkschaftsbank der eigenen Bank zur Verfügung stehen. Es wird sich überhaupt als besonderes Charakteristikum der Arbeiterbanken folgender Zustand herausbilden: Bei fortschreitender Wirtschaftskrise werden die übrigen Banken flüssig sein, während die Mittel der Gewerkschaftsbank angespannt sind. Umgekehrt dagegen werden in Zeiten einer wirtschaftlichen Konjunktur die Mittel der andern Banken angespannt sein, während die Gewerkschaftsbanken gerade dann flüssig sein werden. Es wird daher für eine Gewerkschaftsbank immer außerordentlich wichtig sein, dieser Wechselwirkung ihre größte Rechnung zu schlagen.

Man kann also, auch wenn sich eine Gewerkschaftsbank nur auf Gewerkschaftsgelder als Einlagen stützt, erfahrungsgemäß ein Verhältnis feststellen, über das hinaus selbst bei schärfer Wirtschaftskrise die Bank immer noch Gelder zur Verfügung haben wird. Aber trotzdem ist natürlich die Aktionsfähigkeit einer reinen Gewerkschaftsbank gerade durch den einseitigen Charakter, den die Gewerkschaftsgelder tragen, wesentlich beschränkt.

Selbstverständlich wird bei wachsendem Gewerkschaftsvermögen auch die Gewerkschaftsbank einen immer höheren Prozentsatz ihrer Gelder zur freien Verfügung für längere Anlagen haben. Es wird sich ein bestimmter Erfahrungssatz herausbilden, nach dem sie ihre Gelder unter allen Umständen liquide erhalten oder für langfristige Geschäfte verwenden kann.

Um eine möglichst leistungsfähige Bank für die Arbeiterbewegung zu beschaffen, besteht also die Aufgabe, eine möglichst große Vielgestaltigkeit der Einlagen zu erreichen. Es müssen außer den gewerkschaftlichen Organisationen noch andere Geschäftsverbindungen geschlossen werden, die sowohl Einlagen bei der Bank herbeiführen, die nicht denselben Bewegungen unterliegen wie die Gewerkschaftsgelder, und außerdem Anlagemöglichkeiten schaffen, die ebenso eine Risikoverteilung ermöglichen. Spargelder zum Beispiel werden bei einer andauernden Wirtschaftskrise viel wohl auch zum Teil abgezogen, aber das Tempo ist viel langsamer als bei den Gewerkschaftsbanken. Die Anlagen der Versicherungsgesellschaften und Sozialversicherungsanstalten werden erst zu allerletzt in Anspruch genommen. — Die mit der Bank der Arbeiterbewegung in Verbindung stehenden gemeinschaftlichen Unternehmungen dagegen werden gerade bei einer Wirtschaftskrise am stärksten wieder flüssig werden durch Verkauf ihrer Bestände. So wird also durch die Vielgestaltigkeit und die Risikoverteilung der Bank zur Verfügung stehenden Gelder eine Risikoverteilung gegenüber der gewerkschaftlichen Arbeiterarbeit bewahren wird. Da Stößen einer Wirtschaftskrise zum Teil bewahren wird. Da eine Arbeiterbank im höheren Maß mit der Industrie in Verbindung steht, die dem direkten Konsum dient und nicht so sehr mit der Industrie, die lediglich Produktionsmittel herstellt, ist sie gerade mit dem Zeit der Wirtschaft verbunden, der nicht so unmittelbar und heftig von Krisen erschüttert wird. Dadurch ist eine Arbeiterbank mit so vielseitigem Charakter Krisen gegenüber widerstandsfähiger als die andern Banken.

Es kommt nun für die Ausgestaltung der Gewerkschaftsbank das bedeutende Anwachsen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen gegenüber der Vorkriegszeit und vor allem auch deren bedeutende politische und rechtliche Stellung im Staate und in der Wirtschaft zugute. Die Gewerkschaftsbank kann und muß sich zu einer Bank der Arbeiterbewegung, also zu einer Arbeiterbank im weitesten Sinne des Wortes entwickeln.

Um die notwendigen langfristigen Gelder zu bekommen, wird die Bank versuchen, unter Benutzung der bis in die letzten Betriebe hineinreichenden Gewerkschaftsorganisationen, die Spargelder der Arbeiterbewegung zu erhalten. Alle die Institute, in denen Vertreter der Arbeiterbewegung in den Selbstverwaltungskörpern Einfluss haben, wie Sozialversicherungsanstalten, Krankenkassen usw., müssen die Arbeiterbank zu ihrer Bank machen, mit dem Ziele, alle freiwillig erparten oder durch laufende Beitragszahlungen akkumulierten Gelder nicht mehr den rein privatwirtschaftlich orientierten Kreditinstituten zu überlassen, sondern in der eigenen Bank zu konzentrieren. Die Arbeiterbank wiederum wird diese Gelder soweit wie möglich den eigenen gemeinschaftlich orientierten Betrieben aufzählen und zum Ausbau und zur Befruchtung solcher Betriebe verwenden.

Eine Arbeiterbank hat mit genau denselben und keinen andern Problemen des Bankwesens fertig zu werden wie

die andern Banken. Was sie wird einen großen Teil ihrer Anlagen liquidieren müssen durch Wegfall von...

Schon lange vor dem Kriege haben sich die Konsumgenossenschaften sowohl in Deutschland als auch in andern Ländern eigene Banken geschaffen.

Diese Institute sind durch Jahrzehnte erprobt und haben auch sichtlich innerhalb der ihnen gestellten Aufgaben erfolgreich gewirkt.

Selbstverständlich ist die Arbeiterbank nicht nur das Bankinstitut für die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften...

In Österreich hat wohl aus diesen Erwägungen heraus die österreichische Großhandelsbank...

Es ergeben sich für die modernen Arbeiterbanken, die nun auch als „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G.“ in Deutschland...

Selbstverständlich hat die Arbeiterbank große Schwierigkeiten zu überwinden, die in ihrem Wesen begründet liegen.

Die Arbeiterbank braucht Mitarbeiter, die nicht nur kaufmännisch durchgebildet sind und privatwirtschaftliche Erfahrungen haben...

die Auswahl für geeignetes Personal größer werden. Außerdem werden sich im Geschäftsbetrieb der Arbeiterbank selbst geeignete Kräfte heranbilden...

Eine andere Schwierigkeit, mit der die Arbeiterbank zu rechnen hat, ist die Tatsache, daß geschäftliche Abmachungen zwischen Organisationen der Arbeiterbewegung...

Es ist überhaupt festzustellen, daß die Methoden der Geschäftsführung der Arbeiterbank von kapitalistischen sein müssen.

Natürlich muß jedes Geschäft der Arbeiterbank in sich wirtschaftlich sein und auch einen wirtschaftlichen Erfolg erzielen.

Die neue Epoche des Kapitalismus, die nach der Überwindung der großen Weltwirtschaftskrise beginnt...

Die Wertezure und Funktionen der Arbeiterbewegung, die in den zumeist mit Selbstverwaltung ausgestatteten Körperlichkeiten tätig sind...

Die Arbeiterbanken haben die Möglichkeit, die finanzielle Kraftsituation für alle gemeinwirtschaftlichen Organisationen...

Die internationale Verwurftung und Verfestigung des Kapitalismus sind auch trotz des Krieges und trotz aller bestehenden nationalen Gegensätze...

Die Arbeiterbanken sind auch trotz des Krieges und trotz aller bestehenden nationalen Gegensätze im Fortschreiten begriffen.

Die Arbeiterbanken sind auch trotz des Krieges und trotz aller bestehenden nationalen Gegensätze im Fortschreiten begriffen.

beiterbanken gefördert werden können. Auch der internationale Kreditverkehr, der bisher Monopol der Großbanken ist...

Selbstverständlich ist das oben Angeleitete nur als Ziel einer ganzen Entwicklung aufzufassen.

Daß die Idee der Arbeiterbank eine gesunde ist, zeigt die oben angeleitete Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika...

Es handelt sich hauptsächlich darum, daß die Arbeiterbewegung benutzt werden, die ihre eigene Bank für ihren eigenen Kampf hat...

Nicht zuletzt wird das Gedeihen der Arbeiterbanken auch von Vorteil für die Gewerkschaften sein.

Als Kind der gesamten Arbeiterbewegung wird somit die „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ nicht nur zur Stärkung und Hebung der Bedeutung der Gewerkschaften...

Gewerkschaftliche Probleme.

Einige internationale Berufsverbände haben in den letzten Wochen ihre Kongresse abgehalten.

— Internationale — die Internationalen der Berg- und Transportarbeiter, der Textil-, Schuh- und Lederarbeiter.

Der wirtschaftliche Hintergrund ist bestimmend für die soziale Bewegung.

Zu erwarten sind schwere soziale Rückwirkungen sowohl für die deutschen Arbeiter, denen das internationale Kapital die Lasten aufbürden möchte...

Die furchtbare Größe der Weltwirtschaftskrise wurde durch eine Anzahl erschreckender Angaben der Gewerkschaftsführer bekräftigt.

Die Berliner „Töpper“.

Der deutsche „Borworts“ in Straßburg brachte kürzlich von Hans im Schnitzelhof diese lustige Klauerer über die „Töpper“, die wir unsere Kollegen nicht vorantasten möchten.

Es war für mich, der ich während vieler Jahre sämtliche Berufsgruppen in Beratung ihrer internen Berufsangelegenheiten kennengelernt habe, stets interessant, die gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zu beobachten.

Eine besondere Vorliebe hatte ich immer für die Töpper, im Volkstum kurzweg „Töpper“ genannt.

Daß sie nicht leicht zu regieren waren, kann man sich denken, und es gab in Berlin nur einen Menschen, der zeitungsgewiss mit ihnen fertig wurde...

Das war Franz Segawe, selbst aus dem Töpperberuf hervorgegangen und seit Jahren als Führer der Berliner Töpperbewegung anerkannt.

oppositionellen Sprecher hörte sich Segawe noch in aller Gemütsruhe bis zu Ende an, dann aber stand er auf, klangelte und sprach die gewöhnlichen Worte: „Ja, stollegen, das ist ja alles ganz schön, aber bis jetzt hab' ich nur Besoffene gehört, ich möchte nun auch mal die Ansicht der Nichtbesoffenen hören.“

Ein anderes Mal referierte der kürzlich verorbene Reichstagsabgeordnete Köstlin bei den Töppern.

„Wir sind in der Geschäftsordnung!“ lautete die Antwort. Der andere gab sich aber nicht aufrieden.

„Mat heißt da Geschäftsordnung! Mat, was der Quatschtopp uns da erzählen tut, jetzt uns gar nicht an. Mat die Schuster und Schneider bobieren, kammern uns gar nicht, wir sind Töpper, und er soll uns tot von der Töpper erzählen oder ja Hause jeh!“

Natürlich wollten die Töpper nicht, der Stütze war, aber ihren Zweck hatten sie erreicht, der Zahlenmenschen war tot.

Wieder einmal hatte sich die Leitung den Genossen Eugen Brüdner als Referent verpflichtet.

tenen) Zettelchen für Zettelchen und sprach und sprach, ohne Punkt und Komma, daß es einem Himmelstuch ohne Forme, und was sprach er! Es war selbst für die Töpper nicht genießbar.

„Was! Sehr richtig! Der Döppel soll sich unterziehen, wir lesen selber den Borworts“, bei ihm war alles noch jelschen.

„Ich empfehle Ihnen Anzüge.“

Natürlich wollten die Töpper nicht, der Stütze war, aber ihren Zweck hatten sie erreicht, der Zahlenmenschen war tot.

Wieder einmal hatte sich die Leitung den Genossen Eugen Brüdner als Referent verpflichtet.

ein Drittel weniger erzeugt wird als vor dem Kriege und daß die Arbeitslosigkeit der Metallarbeiter in manchen Ländern bis zu 40 % anstieg. In der Vergleichen internationalen nationale hat ein amerikanischer Delegierter mitgeteilt, daß in den letzten Jahren 150 000 Vergleiche nach Amerika auswanderten. Die Umstellung der Produktion wird zur Ursache von sehr beträchtlicher Auswanderung nach überseeischen Ländern und der Binnenwanderung, die beide einer internationalen Regelung harren. Von den Krisenursachen wurden einige erörtert, so die fürchterliche Geldkrise (Deutschland, Oesterreich, Ungarn), die den Wanken auf Kosten der Ärmsten Wucherzinsen sichert. Otto Bauers glänzende Darstellung auf dem Kongreß der österreichischen Metallarbeiter gibt sehr lehrreiche Aufklärung hierüber. Die gegenseitige Abwertung der Länder gegeneinander, der Schuldenlasten und die in den Spielen insbesondere bei den Beratungen der Textilarbeiter-internationale eine Rolle. Wögen besondere Umstände, wie Handelsvertragsverhandlungen, die Zustimmung zu Schuldenzinsen zeitweise auch für die Arbeiterkraft unannehmlich machen, die allgemeine Mäßigung der proletarischen Handelspolitik kann nur der Freihandel sein. Viel wurde über Betriebsbeschränkungen gelaugt, die sehr oft in unangenehme Schicksale vorgekommen werden. Die Schaffung eines besonderen Krisenfonds in Belgien für außerordentliche Unterstützung während der Krise verdient erwähnt zu werden. — Die Sozialisierungfrage wurde auf dem Kongreß der Berg- und der Transportarbeiterinternationale erörtert, in den Beschlüssen wurde die Sozialisierung der Bergwerke und der Transportmittel gefordert. Es war wünschenswert, daß in England und in der Fischschifferei das Sozialisierungsproblem ständig auf der Tagesordnung steht.

Im Vordergrund der sozialen Bewegung steht heute ohne Zweifel die Frage der Arbeitszeit. Der Wichtigkeit dieser Frage entspricht es, daß ihr bei den Verhandlungen die größte Rolle zufiel. Das Washingtoner Abkommen soll natürlich, der Achtstundentag überall gesetzlich eingeführt werden, in vielen Ländern besteht noch kein Gesetz über den Achtstundentag, in andern besteht zwar ein solches Gesetz, wird aber durch vielerlei Ausnahmestimmungen durchlöchernt, oder aber es wird von den Verwaltungsbehörden nicht durchgeführt. Die Berichte aus den verschiedenen Ländern über die Arbeitszeitfrage bezogen aber, daß der Achtstundentag, sei er in Tarifverträgen benannt oder durch Gesetz vorgeschrieben, nur dort wirklich seine Geltung hat, wo starke Gewerkschaften seine Durchföhrung verbürgen.

In bezug auf die Arbeitskampfe erscheinen uns die Neuerscheinungen des österreichischen Metallarbeiterverbandes. Dieses, von großem Interesse. Er hat unter anderem folgendes gesagt: „Wir müssen in der neuesten Zeit die Wahrnehmung machen, daß sich die gegenwärtigen Kämpfe von denen der Vorzeitigkeit wesentlich unterscheiden. In der Regel wird jeder Kampf eines einzelnen Betriebes von dem Unternehmer mit der Drohung der Auslieferung beantwortet. Jede Forderung — und sei sie noch so berechtigt — die die Arbeitsamerab-schaft eines Betriebes an die Leitung des Betriebes zu stellen beabsichtigt, begegnet der Gefahr, daß dadurch eine große Zahl von Arbeitern anderer Betriebe in die Kampfgemeinschaft gezwungen wird. So entwickelten sich aus einem einzelnen Kampf der Arbeiterkollegenchaft eines Betriebes Massenkampfe von einem Umfang, wie wir sie früher nie kannten.“ Aus dieser Tatsache muß aber die Einsicht erwachsen, daß bei Entseffung von Streiks, die zu solchen Massenkämpfen werden können, sorgfältige Prüfung der Gesamlage nottut, daß die Bestimmungen der gewerkschaftlichen Streikreglements eingehalten werden müssen. Die Ausführungen von Domes enthielten auch sonst viel Lehrreiches, so insbesondere in bezug auf die Betriebsrätefrage, so auf das Problem der Industriebünde in den Gegenstand zu den Berufsverbänden, auf die Arbeiterbildung. Er betonte die ungeheure Wichtigkeit der Betriebsräte, wies dabei aber auf gewisse Erfahrungen hin, die zu Bedenken Anlaß geben, wie die Ueberbürdung des Betriebsrates mit Aufgaben, die es unmöglich zu erfüllen vermag, weshalb Differenzen zwischen dem Betriebsrat und der Arbeiterchaft entstehen und der Betriebsrat in seinem Wirken entmutigt wird. Nach schmitter ist der Syndikalismus und Betriebspartikularismus vieler Betriebsräte, die sich ihr Urteil darüber, ob eine Aktion durchzuführen sei, nur von dem Gesichtswinkel bilden, den der jeweilige Betrieb ihnen bietet. Sie haben vielfach durch diesen Partikularismus den Sinn für die Gemeinschaft verloren. Schwierigkeiten werden auch durch die Streitfrage verursacht, was unter der Kontrolle der Produktion, die durch die Betriebsräte vorgenommen sei, zu verstehen ist. Domes wies darauf hin, daß die Geschäftsbücher ein nur wenig aufklärendes Material über die Ergiebigkeit eines Unternehmens darstellen.

Die Umgestaltung der Berufsvereinigungen in Industriestrebereverbände ist ein weiteres Problem, das die Kongresse befähigt hat. Die Berg- und Metallarbeiter-internationale betonten nachdrücklich die Notwendigkeit der baldigen Umgestaltung. Inzwischen ergeben sich bei der Umformung große organisatorische Schwierigkeiten, ganz abgesehen von dem Widerstand einzelner Berufsverbände. Domes erwähnte den Streit darüber, was als Betriebs- und Unternehmern zu bezeichnen sei. Viele Gewerkschaftsverbände sind der Auffassung, der Betrieb sei durch den Besitzer gekennzeichnet. Nun hat aber mancher Unternehmer viele Betriebe und es ist doch nicht möglich, daß die Arbeiter dieser vielen Betriebe, die ganz verschiedene Ergebnisse herstellen, einer Gewerkschaft angehören sollen. Schwierigkeiten entstehen zum Beispiel in bezug auf die Gemeindearbeiter; es wird die Frage aufgeworfen, ob sie berufsmäßig oder aber in einem Gemeindefabrikationsverband organisiert werden sollen. In dieser Stelle möchten wir erwähnen, daß in Schweden ein Beschluß des Gewerkschaftsbundes vom Jahre 1922 vorliegt, demzufolge die Berufsverbände bis Ende 1925 zu

Industrieverbänden umgebildet werden müssen. Die Verbände der graphischen Industrie (Buchdrucker, Buchbinder und Lithographenverband) haben sich aber gegen die Bildung eines Industriearbeiterverbandes ausgesprochen und statt dessen sich vorläufig auf die Bildung einer Kartell-Organisation der graphischen Industrie beschränkt. Diese Absichten und Ausnahmen mögen beim Weitergang unermesslich sein, die große Linie der Organisation läuft trotzdem in der Richtung der Industrieverbände. Die Lohnverhandlungen haben in den Zeiten der Geldentwertung, wo sie unaufhörlich geführt werden mußten, die ganze Zeit der Gewerkschaftsfunktionäre in Anspruch genommen. Jetzt ist es an der Zeit, daß sie ihre Aufmerksamkeit der Arbeiterbildung zuwenden.

Auch eine Anzahl sozialpolitischer Fragen wurde auf den internationalen Kongressen behandelt. Die staatliche Arbeitslosenunterstützung ist in vielen Ländern noch nicht vorhanden, in andern wurde sie abgeschafft (Italien, die Schweiz, zum Teil die Tschechoslowakei); die Unterstühtungen sind in der Regel unzureichend. Der Ausbau und die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung ist daher eine wichtige Aufgabe der sozialen Bewegung. Auf die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung wurde mit Recht ein großes Gewicht gelegt; die Vertreter der einzelnen Länder berichteten über den Stand der Gesetzgebung in ihren Ländern. Entschlossene wurden angenommen, die die Einführung einer leistungsfähigen Altersversicherung hörten wir über die Verschärfung der Arbeitsunfälle. Je länger die Arbeitszeit, um so häufiger die Unfälle. Die Mängel der Gewerbeversicherung hoben werden. Auf dem Kongreß der Textilarbeiterinternationale forderte man den Schluß der schwangeren Frauen. Die Frauen, wenn sie während der Schwangerschaft weiterarbeiten müssen, sind den größten körperlichen und seelischen Gefahren ausgesetzt. Der belgische Vertreter berichtete, daß in Belgien 82 % der Kinder der Textilarbeiterinnen sterben, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. In bezug auf die Arbeitspausen verlangte der Kongreß der Textilarbeiter-internationale, daß ohne Unterbrechung nur 4 Stunden gearbeitet werden soll, und daß nach Ablauf von 4 Stunden ein wesentlicher Zeitraum für Mahlzeiten und Erfrischungen eingehalten werden soll.

Zum Schluß möchten wir der Entschiefungen gedenken, die auf sämtlichen Kongressen gegen den Krieg und für die Verhütung der Kriegsgefahr angenommen wurden. Diese tief empfundene Neben haben den Krieg als das größte Verbrechen gegen die Menschheit gekennzeichnet; nur die Arbeiterchaft ist berufen, ihn zu verhindern. Das Bündnis der Bergarbeiter und der Transportarbeiter zur Verhinderung der Kriegsgefahr wurde der Erwägung dieser Organisationen empfohlen.

Vom „Reichs“-Kongreß der Ausgeriffenen.

Die von Mostau ausgefallenen Zeiförder der Bauarbeiterfront gaben sich vom 14. bis 17. September in Leipzig unter Ausschluß der Öffentlichkeit, so wie es sich für eine illegale Vereinigung gehört, ein Stelbichein, genannt Zweiter Reichskongreß des Verbandes der „aus-geschlossenen“ Bauarbeiter. Der Hauptzweck dieser Oppositionsbewegung war: Kampf der offiziellen Opposition gegen die von Kaiser, Berlin, geführte illegale Opposition in der Opposition. Diese Auseinandersetzung hat wiederholt zu scharfen Zusammenstößen mit der Berliner Delegation geführt. Die Berliner unterlagen. Nicht nur ihre Anträge wurden „einmütig“ abgelehnt; sie erhielten den Befehl, sich spätestens bis 16. Oktober dem Noter Kartell aller revolutionären Gewerkschaften anzuschließen. In Berlin haben nämlich die „Oppositionellen“ 2 Note Kartelle; aus dem selbständigen Kartell haben die Ausgeriffenen nun ausgetreten. Damit die Berliner über die Kongreßbeschlüsse nicht verlehrt berichten, wird ihnen ein Maulkorb angelegt. Sie dürfen nicht selbst berichten; hierzu sind 8 grundsätzliche Oppositionelle aus andern Orten vom Kongreß bestimmt; denn „die Beschlüsse der Internationale stehen höher als die Meinung der Kaiser und Weyer; das muß der Verbandstag klar und scharf zum Ausdruck bringen“, sagt Böfchen, Solingen, und „habe der Verbandstag einmal gesprochen, dann gebe es kein rechts und links mehr, sondern der Weg geht dann gerade aus“, pflichtete Weger, r o w, Hamburg, unter Beifall der offiziellen Opposition bei. Diese „Disziplin“ gilt wohl nur für die Mostauer. Die Vereinigungen, verlangen wir auch nur ähnliches, dann kümmern sich diese Herrschaften den Teufel darum. Wie scharf die kommunistischen „Bonzen“ die Ordnung handhaben, geht daraus hervor, daß der Vertreter des Berliner selbständigen Kartells, Weyer, verhindert wurde, eine Begrüßungsrede zu halten. Die „Note Fahne“ schreibt darüber:

Nachdem so die Versuche des Kollegen Weyer, auf dem Verbandstage Insufrieden zu stiften (Wer denkt hierbei nicht unwillkürlich an den Leipziger Verbandstag der Bauarbeiter 1922? Neb.), gescheitert waren, übernahm es der Kollege Kaiser, eine sogenannte Begrüßungsrede Weyers schriftlich auf dem Verbandstage zu verlesen. Da diese Begrüßungsrede eine Reihe von unwahren, bereits wiederlegten Angaben enthielt, beschloß der Verbandstag, diese Verteilung als nicht geschehen zu betrachten und dem Kollegen Kaiser eine ernste Miße auszusprechen.

Wachmann erzählte seinen Getreuen viel dummes Zeug über „die Lage und die Kämpfe im Baugewerbe“; er kennt nicht den wachsenden festen Stand der Sozialen Baubetriebe und ihren großen Nutzen bei unsern heillosen Kämpfen, für ihn sind „die Baufirmen mit Hilfe der Inflation erledigt“, er läßt eben so frech drauflos, wenn er über den Achtstundentag redet, schließlich spricht er von der schrecklichen Drohung aus: „Wenn die Unternehmer mit Paepfow am grünen Tisch einen Tarif abschließen, werden wir den Tarif überall, wo wir einmischen, zerbrechen, einfach zerfägen.“ Dabei wären diese Leute ganz heifßig, wenn sie mit den Unternehmern hohle Redearten Tarifverträge abschließen könnten! Solche Nebenarten

verfangen nicht, wir kennen unsere Pappenheimer. Maulheldentum! Und Größenwahn können folgende Sätze aus dem Geschäftsbericht nachmann: „Dant der Initiative der ausgeschlossenen bestie heute noch in einer ganzen Reihe von Orten die 45., 46½- und 48-Stundenwohe. Die zuführenden Kämpfe der Arbeiterchaft könne man nicht abhängig machen von dem Organisationsverhältnis. Der Verband der ausgeschlossenen sei wohl zahlenmäßig schwächer als der Baugewerksbund, aber ideologisch viel stärker als dieser.“ Weger o, Hamburg, behauptete sogar: „Die ausgeschlossenen Bauarbeiter beherrschen in Hamburg immer die Kämpfe der Bauarbeiterchaft.“ Wegen solchen unheilbaren Größenwahnsinn ist wirklich kein Strauß gewachsen, den muß man austoben lassen. Aus Ausführungen in lichten Augenblicken kann aber entnommen werden, daß die Einsicht doch noch nicht völlig abgehorben ist. So meinte Wachmann: „Es sei nicht immer die richtige Taktik, durchaus das Gegenteil zu tun von dem, was Paepfow tue; denn dieser könne auch einmal einen vernünftigen Gedanken haben.“ Hier haben wir einen matten Schimmer von Einsicht. Es ist nicht viel, aber doch etwas. Man darf diesen Leuten gegenüber nicht anspruchsvoll sein; denn Mostau steht mit Zudeckert und Peifische hinter ihnen. Schimpfen sie einmal nicht, so ist das schon ein großes Wagnis. Auch Fischer paßt scharf auf. Unsere Mitglieder in Mecklenburg-Westfalen aber sollen erfahren, was Böfchen, Solingen, einer der besten Vorführer unter den ausgeschlossenen, sagte: „Die Baugewerkschaftsbureaokratie habe in Mecklenburg-Westfalen systematisch auf die Spaltung hingearbeitet, in den meisten Fällen mit Hilfe der Polizei. Als es endlich gelungen sei, in einer Reihe von Zweigvereinen die Bureaokratie zu beseitigen, sind die einst blühenden Zweigvereine total heruntergewirtschaftet gewesen. Schwer seien die Kämpfe gegen das Internerment gewesen, die mit Hilfe der Baubureaokratie zur Niederlage führten.“ Wir bereisen auf unsere Ausführungen über Böfchen in der Broschüre: „Die kommunistische Parteiorganisation gegen den Deutschen Baugewerksbund.“ Böfchen warb als billiger Jakob ebenso wie Kaiser mit der schließlichen Mittel für den selbständigen Industriebund, der nach an Bureaueinrichtungen in Düsseldorf, Solingen und Remscheid, die offizielle Ausgabe von Gemeinlicher Beitragsmarken, die Verbreitung des „Bauarbeiter“ ufo, das alles geschah auf seine Anordnung hin. Wer beherrschte das Betriebsleben in diesen Orten? Die Kommunisten! Aus welchen Personen waren die Vorstände zusammengesetzt? Aus Kommunisten! Zur kommunistischen Partei! Wer hatte sonach, die einst blühenden Zweigvereine total heruntergewirtschaftet? Die Kommunisten! Der Erfolg: Ungehore Vermehrung der Inorganisierten oder, wie beispielsweise in Remscheid, Zulauf zur christlichen Organisation, Affordarbeit, Reum- und Zehntstundentag, ein Schindeln und Kriechen vor den Unternehmern — soweit haben es die Böfchen, Dähler und Genossen dort gebracht. Es ist leichter, eine Organisation zerfägen als sie aufzubauen. Heute hören wir nur noch ein paar Dübend Fanatiker auf die bolschewistischen Paolen. Das Gros der von unserm Bund losgeriffenen Bauarbeiter kümmert sich um gar nichts mehr. Wir ihnen hat das Internerment leichtes Spiel. So ist es überall in den ehemaligen kommunistischen Hochburgen. Am 4. Oktober schrieb beispielsweise der kommunistische „Massenlamp“ in Halle über die Zustände bei der Firma Dyckerhoff & Widmann unter anderem: „Bei dieser Firma herrscht ein furchtbares Ausbeutungssystem. Alles bischen Kraft, das noch in den Knochen der Arbeiter steckt, wird ganz herausgequetscht. Getreten und geschüttelt wird man von einer Ecke zur andern. Zeitweise wird gearbeitet von früh 6½ Uhr bis abends 7½ Uhr. Organisiert sind nur wenige, außer im Stahlhalm, Werwolf, Zungbo und Holzheim; also alles färschlich! Solange es nicht anders wird, ist an eine Besserung nicht zu denken.“ Das ist aber nicht nur bei der einen Firma in Halle so. Wie es nach der Zerkümmernng unserer Baugewerkschaft dort gemondt ist, zeigt ein Verammlungsbericht der Ausgeriffenen vom 29. September 1924 („Massenlamp“ vom 30. September): „Eine brutale Unternehmerrückbildung hat wie noch nie eingetreten: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden schlechter; die Wertzeugsfrage wurde teilweise um 75 bis 80 % geführt ufo. Die Affordarbeit, dieses brutale Werkzeug ausbeuterischer Unternehmerrückbildung, wurde in der überwiegenen Mehrzahl der Betriebe durchgeföhrt. Die in den Kartellen und Zulauf bereinigten Unternehmer zogen gegen die Arbeiterchaft brutal ihre Diktat auf. Trotz alledem sind gerade im roten Herzen Deutschlands, in Halle, die Bögne und Arbeitsbedingungen noch schlechter als in den andern Städten.“

Das sind die Früchte kommunistisch-bolschewistischer Ruffische und Erziehungs-mechanismen. Und mit dieser „Taktik“ wollen nachmann und Genossen „die proletarische Staatsform“ und eine noch höhere Organisationsform, als sie der Baugewerksbund darstellt, nämlich „einen Industrieverband, aufgebaut nach den Weimarer Beschlüssen und der Beschlüssen des 3. Weltkongresses der I. O. G. erkämpfen.“ (Nachmann in Nr. 14 des „Bauarbeiter“.) Wir danken schon! Wir empfinden Genugtuung, daß die Ausgeriffenen durch den Mund ihres Redakteurs Weger u seinen Bescheinigen: „Der Verbandstag des Baugewerksbundes habe die Aufgabe dieser Beschlüsse erkannt und scharfe Maßnahmen dagegen beschloffen.“ Wie recht wir mit unsern Verbandstagsbeschlüssen haben, beweisen von neuem wieder die Neben und Beschlüsse des Verbandstages der Ausgeriffenen. In Resolutionen zur Bauarbeiter-internationale und zu den Beschlüssen des 3. Weltkongresses der I. O. G. und zur Wiedervereinigungsfrage ergehen sie sich wieder in den gemeinfen Bescheinigungen gegen uns. Die Inorganisierten (wahrscheinlich sind die bolschewistisch-faschistenbewußten Sympathisierenden gemeint) werden „zum gemeinsamen Kampf gegen die Feinde des deutschen Proletariats, gegen die Spalter im Bundesverband des Baugewerksbundes“ und zur Vereinigung in einer „ausgeschlossenen revolutionären Opposition“ aufgeföhrt, damit der „Reformismus und alle seine Träger vernichtet“ werden können. Gegenüber den „reformistischen

„Schädlingen“ sollen die Inorganisierten (ausgerechnet die Inorganisierten!) „elementarste, revolutionäre Arbeit“ leisten zu ihrer Befreiung von den sozialdemokratischen „Verträgern“. Die Volksgewissen wissen natürlich, daß man mit Verächtlichkeit eine Sache nicht schmachtlich machen kann und daß die Inorganisierten mit solcher Propaganda für die Gewerkschaften nicht gewonnen werden. Deshalb ist die Erklärung: „Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist bereit, die Einheit herzustellen auf dem Boden proletarischer Demokratie (!?) und Meinungsfreiheit“ ekelhafte Geschwätz.

Noch zwei Sätze aus der Resolution zur Wiedervereinigung wollen wir unsern Mitgliedern mitteilen:

Der Reichskongreß verpflichtet das Zentralbüro und den Verbandsrat, über die gewissenhafte Durchführung dieser Bestrebungen in der Gesamtorganisation zu wachen, allen Bestrebungen auf Mißachtung, offener oder versteckter Durchbrechung energig entgegenzutreten und insbesondere alle antivolkswirtschaftlichen Tendenzen in aller Schärfe zu bekämpfen. Die Voraussetzung zum Kampf um die Befreiung des deutschen Proletariats ist die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen.

Zunächst, Kampf um die Einheit unseres Bundes! Und darum werden wir für die Durchführung unserer Kongreßbeschlüsse kämpfen. Wer sich dem entgegenstellt, ist unser Feind. Wenn dann in diesem Kampfe Spaltungen entstehen werden müssen, dann heulmeiert gesalbt nicht. Neben gegenfeitigem Vertrauen ist Disziplin das erste Erfordernis für den Bestand und die Schlagkraft der Gewerkschaft. Was bei den anderen als Recht proklamiert wird, ist bei uns schon lange eine Selbstverständlichkeit. Je mehr sich diese Selbstverständlichkeit durchsetzt, um so besser wird unser Baugevertsbund seinen Aufgaben gerecht werden!

Arbeitsvertrag und Tarifvertrag.

Die Veränderung der Arbeitsverträge durch Erbschaft oder Veränderung des Tarifvertrages.

Von Dr. Heinz Potthoff, München.

Da in neuerer Zeit die Arbeitsverträge nicht nur Verbesserungen für die Arbeitnehmer, sondern auch Verschlechterungen (wie Verlängerung der Arbeitszeit oder Herabsetzung der Löhne oder Gehälter) bringen, da auch vielfach ablaufende oder gekündigte Arbeitsverträge nicht durch neue oder durch nicht ebenso vollständige Abmachungen ersetzt werden, so haben sich in Praxis und Schrifttum Zweifel und Meinungsverschiedenheiten darüber erhoben, welchen Einfluß die Veränderung des Tarifverhältnisses auf den Arbeitsvertrag oder die Bedingungen des einzelnen Arbeitsverhältnisses ausübt.

Die Rechtslage ist aber ganz klar und einfach, wenn man sich stets vor Augen hält, daß die rechtliche Grundlage für die Arbeitsbedingungen immer noch in erster Linie der Arbeitsvertrag ist, den der einzelne Angestellte mit dem einzelnen Unternehmer abschließt; daß dieser Vertrag aber teilweise beschränkt und teilweise positiv bestimmt wird durch Rechtsvorschriften, von denen die wichtigsten das staatliche Gesetz (ergänzt durch Rechtsverordnungen) und die Tarifsetzung sind (von der Betriebssetzung, insbesondere der Arbeitsordnung, soll hier abgesehen werden). Während das Gesetz im allgemeinen nur die Vertragsfreiheit beschränkt, seine zwingenden Normen gewisse Arbeitsbedingungen verbietet, Abmachungen darüber für nichtig erklärt, die nicht zwingenden (nachgiebigen) Normen aber nur dann Geltung haben, wenn die Parteien nicht etwas anderes vereinbart haben, hat der Tarifvertrag andere Rechtswirkung; seine Normen sind in der Regel zwingend, sie setzen nicht nur widerprechende Abmachungen in einzelnen Arbeitsverträgen außer Kraft, sondern treten an deren Stelle. Sie verändern also positiv die Arbeitsverträge als solche, indem sie ihnen unmittelbar tarifgemäßen Inhalt geben.

Daraus ergibt sich ohne weiteres der wichtigste Grundsatz für die Rechtslage beim Aufschreiben eines Arbeitsvertrages. Die Arbeitsverträge bleiben davon unberührt; sie bleiben unverändert bestehen mit dem Inhalte, den sie bisher hatten. Das heißt mit dem tarifgemäßen Inhalte, der ja kraft der automatischen Wirkung und der Unabdingbarkeit der Tarifnormen in den Arbeitsvertrag anstelle seiner tarifwidrigen Bestandteile eingegangen war. Wenn also zum Beispiel ein Angestellter mit 100 M Monatsgehalt engagiert war, ein für den Arbeitsvertrag maßgebender Tarifvertrag aber ein Mindestgehalt von 120 M vorschreibt, so änderte sich nicht nur der Gehaltsanspruch des Angestellten, sondern auch die Vereinbarung seines Dienstvertrages auf 100 M, ohne daß es neuer Vereinbarung zwischen den Parteien des Arbeitsvertrages bedürfte. Und wenn der Tarifvertrag wegfällt, ohne daß ein neuer an seine Stelle tritt, so bleibt es bei den 100 M Gehalt. Es tritt nicht die alte Einzelvereinbarung von 100 M wieder in Kraft, denn sie war ja durch die zwingende Tarifnorm in 120 M verhandelt worden. Das einzige, was sich ändert, ist, daß nunmehr volle Vertragsfreiheit in der Gehaltsfrage besteht. Der Unternehmer kann einen Angestellten jetzt zu 100 M engagieren (was er unter der Wirkung der Tarifnorm nicht konnte), er kann auch mit dem bisherigen Angestellten eine Herabsetzung des Gehalts von 120 auf 100 M vereinbaren. Aber eine solche Vereinbarung ist unenforcebar für die Herabsetzung. Und wenn der Angestellte nicht damit einverstanden ist, so bleibt dem Arbeitgeber nichts übrig, als den Vertrag zu kündigen und zugleich einen neuen mit 100 M Gehalt anzubieten. Dazu muß die ordentliche (dem abgelaufenen Tarifvertrag entsprechende) Kündigungsfrist eingehalten werden, und der Angestellte genießt hier wie bei jeder anderen Kündigung den Schutz des Betriebsvertrages.

Ist diese Rechtslage, die unter dem Namen der „Weiterwirkung“ des Tarifvertrages heute fast allgemein anerkannt ist, einmal deutlich vor Augen, so ergeben sich auch ohne Schwierigkeit die Folgerungen, wenn an Stelle des ablaufenden Tarifvertrages ein neuer mit anderem Inhalt tritt. Dies sind 4 Fälle möglich:

1. Der neue Tarifvertrag regelt eine Arbeitsbedingung, die im alten nicht geregelt war. Dann tritt die normale Wirkung der Tarifsetzung ein. Die neue Tarif-

norm geht automatisch in die Arbeitsverträge ein. Wenn diese nichts über die bestimmte Arbeitsbedingung enthalten, wird die Sache von der Tarifnorm ausgefüllt. Wenn die Arbeitsverträge Bedingungen enthalten, die von der Tarifnorm abweichen, werden jene unwirksam und von dieser ersetzt, soweit die Tarifnorm unabdingbar ist. In der Regel ist jede Tarifnorm nur nach unten unabdingbar, ist Mindestbedingung zugunsten des Arbeitnehmers. Der Tarifvertrag kann aber anderes bestimmen; er kann Abweichungen zugunsten der Arbeitnehmer verbieten oder Abweichungen zu ihren Ungunsten erlauben oder auch beides zugleich. Die Wirkung im Einzelfalle hängt also von den Bestimmungen des Tarifvertrages ab; die Regel ist: Soweit die Tarifnormen unabdingbar (zwingend) sind, gehen sie auf jeden Fall in alle Arbeitsverträge ein, im übrigen nur in diejenigen, die keine erlaubten abweichenden Vereinbarungen enthalten.

2. Der neue Tarifvertrag regelt einen Gegenstand nicht, den der alte geregelt hatte. Dann bleiben die einzelnen Arbeitsverträge völlig unverändert. Aber es ist die Möglichkeit zu neuen Abmachungen gegeben, die unter der Herrschaft des alten Tarifvertrages nicht möglich waren.

3. Der neue Tarifvertrag bringt gegenüber dem alten eine Verbesserung bestimmter Arbeitsbedingungen zugunsten der Arbeitnehmer. Dann treten in der Regel diese dem Arbeitnehmer günstigeren Arbeitsbedingungen an die Stelle der vorigen. Denn in der Regel sind die Tarifnormen unabdingbar als Mindestbedingungen. Vertragsfreiheit bleibt unter dem neuen wie unter dem alten Tarifverträge zur Verbesserung der Angelegenheit noch über die Tarifnorm hinaus. Der Tarifvertrag kann aber anders bestimmen.

4. Der neue Tarifvertrag bringt gegenüber dem alten eine Verschlechterung bestimmter Arbeitsbedingungen zugunsten der Arbeitnehmer. Dann treten die neuen Normen nicht ohne weiteres an die Stelle der alten. Denn da sie in der Regel nur als Mindestbedingungen zwingend sind, Abweichungen zugunsten der Arbeitnehmer oder zulassen, so bleiben auch bestehende günstigere Bedingungen der durch den alten Tarifvertrag bestimmten Arbeitsverträge solange unverändert in Wirkung, bis sie durch neue Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Angestellten der neuen Tarifnorm angepaßt sind. Anders liegt es nur, wenn a) entweder der neue Tarifvertrag ausdrücklich vorschreibt, daß seine Normen auch zugunsten der Arbeitnehmer nicht abzugeben werden können, oder b) wenn die Parteien des Arbeitsvertrages vereinbart haben, daß alle oder bestimmte Arbeitsbedingungen (zum Beispiel die Lohnhöhe) sich stets nach dem jeweils geltenden Tarifvertrage richten sollen. Eine solche Vereinbarung kann natürlich nicht nur ausdrücklich, sondern auch stillschweigend erfolgen. In Wirtschaftszweigen, in denen die tarifliche Regelung eingehalten ist, wird man sie oft voraussetzen dürfen. Aber allgemein trifft das nicht zu, zum Beispiel nicht, wenn die Tarifnorm den Beteiligten wider Willen aufgezwungen ist (durch Verbindlichkeits-erklärungen eines abgelehnten Schiedsspruches oder durch Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit). Man kann daher nicht behaupten, daß bei Veränderung der Tarifnormen auch die verschlechterten Normen stets automatisch an die Stelle der früheren besseren treten. Und da sich daraus unliebsame Streitigkeiten ergeben können, so empfiehlt es sich, daß diese Frage in den Tarifverträgen einwandfrei beantwortet wird.

Die dreifache Absatzkrise.

Seit Monaten werden die europäischen und außereuropäischen Märkte wieder von heftigen Krisen erschüttert. Der Charakter dieser Krisen als einer Absatzkrise ist klar erkannt. Man redet ungeduldig dieser Absatzkrise von dem „großen Gesetz von Angebot und Nachfrage“, vom natürlichen „Wechsel von Konjunktur und Depression“. So heißt es immer, wenn die Lager nicht verkaufbar sind, wenn die Arbeiter entlassen und die Weiterarbeitenden genötigt werden zu niedrigen Löhnen zu arbeiten. Sind diese Gesetze wirklich „natürliche Gesetze“? Ist es Naturgesetz zuzugreifen, wenn plötzlich die Textilarbeiter feiern müssen, während Willonen Bedürfnis nach ihren Produkten haben?

Keine Produktion ist von Naturbedingungen unabhängig. Diese bestehen zunächst in dem Wechsel der Ernten und in der Veränderung natürlicher Produktionsverhältnisse. Die natürlichen Bedingungen werden um so größeren Einfluß haben, je mehr die Produktion eines Landes in der Landwirtschaft und in der Produktion ruht. Eine Mißernte schwächt die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Kreise. Je größer die Mißernte und je größer das Gebiet der Mißernte, um so schwerer werden die Folgen für die betroffenen landwirtschaftlichen Gebiete sein. Sie können den Entwehlsfall nicht durch Preissteigerungen wettmachen. Daber sinkt die Kaufkraft dieser landwirtschaftlichen Gebiete; sie können weniger oder gar keine Industrieprodukte kaufen, müssen ihre Betriebe vernachlässigen usw. Das wird aber nicht nur ein Adagio für die Landwirtschaft sein; denn als Folge der Mißernte wird auch eine Absatzkrise in der Industrie auftreten. Diese Absatzkrise schlägt aber wieder in Arbeiterentlassungen um. Dadurch, daß gewisse industrielle und landwirtschaftliche Gebiete katastrophal getroffen werden, wirken die Störungen auf die ganze Volkswirtschaft weiter.

Es ist also richtig, daß starke Störungen des Arbeitsmarktes infolge „natürlicher Verhältnisse“ eintreten können. Auch in einer sozialistisch geteilten Wirtschaft wäre das der Fall, allerdings mit einem sehr erheblichen Unterschied. In der sozialistischen Wirtschaft würde eine schlechte Ernte nicht die Gütererzeugung in der Industrie beeinträchtigen. Es könnten ebenso viele Textilprodukte, Maschinen usw. hergestellt werden, da ja einerseits das Bedürfnis danach und andererseits die Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. ebenso wie bisher vorhanden wären. Es brauche also die Versorgung der Bevölkerung mit Industrieprodukten aller Art nicht eingeschränkt zu werden. Hingegen könnte natürlich die Ernährung der Bevölkerung nicht so reichlich sein wie bisher. Die geringere Ergebligkeit der menschlichen Arbeit im Ackerbau müßte sich geltend machen, aber eben nur für die Ernährung.

Genau so wird die Mißernte wie eine ansteckende Krankheit auf die ganze Produktion; in der kapitalistischen Wirtschaft ruft also eine Mißernte in der Landwirtschaft gleichmäßig eine „Mißernte in der Industrie“ hervor, deren „Felder“ gleichfalls „verdorren“. So fñhrt die Missernte der kapitalistischen Gesellschaft dazu, daß auch die in den natürlichen Bedingungen gegebenen Schwankungen der Versorgung erstens verstärkt werden und zweitens sich bestimmten Einkommensgruppen, namentlich den Schichten mit festem Einkommen, besonders fñhbar machen. Krisen können wir also von einer „natürlichen“ Absatzkrise sprechen, die sich infolge der ziemlich ungünstigen Verteilung dieses Jahres leider auch in der Wirklichkeit zeigen wird.

Die Absatzkrise, worunter wir aber gegenwärtig leiden, sind anderer Natur. Sie sind keineswegs „natürlich“. Wir müssen zwei Hauptgruppen der Absatzkrise einander gegenüberstellen. Beide führen zur Absatzkrise, jedoch auf andere Weise, und der Grad der Unmittelbarkeit für die Heraufbesetzung der Absatzkrise ist bei ihnen sehr verschieden.

Es gibt Krisen, die auf eine ungewöhnliche, zu rasche Entwicklung einzelner Produktionszweige zurückzuführen sind. Man spricht dann von einer Disproportionalität (Mißverhältnis) der Produktion. Zum Beispiel hat sich die Eisenindustrie sehr rasch entwickelt, weil Bahnen gebaut, Fabriken gegründet werden usw., was alles großen Eisenkonsum bedeutet. Nach Erreichung eines Sättigungsgrades nimmt der Beschäftigungsgrad der Industrie ab. Auch Export ist nur in geringem Maße möglich, weil dieselben Eisenleistungen sich in anderen Ländern zeigen. Es muß also die Eisenindustrie eingeschränkt werden. Dadurch sinkt auch die Nachfrage auf Arbeiter, Angestellte und Unternehmer in der Eisenindustrie. Dies bringt eine Verpflanzung der Krise in andere Industrien mit sich. In eine solche Lage, ähnlich den Verhältnissen infolge der Leberentzündung der Eisenindustrie in Europa und Nordamerika, gerieten viele Volkswirtschaften durch den Krieg. Denn während des Krieges wurden viele „nationale Industrien“ aufgebaut — Nahrungsmittelindustrie, Feinchemische Industrie —, deren Absatz nun nach Wegfall der Exportbestellungen schwer aufrechtzuerhalten ist. Der Zug zu verstärktem Export der Kampf gegen den Freihandel ist auch auf diese Umstände zurückzuführen. Hier liegt auch die Ursache der Absatzkrise, die durch die Verpflanzung der Krise vor, und alle davon betroffenen Industrien rufen die Hilfe des Staates an, um durch Subsidien und Einfuhrverbote einen, wenngleich verleseneren Absatz zu profitablen Preisen auf dem inneren Markt unterbringen zu können.

Ganz anderer Art ist die Krise, deren Ursache nicht in einer falschen Verteilung des Kapitals auf die einzelnen Produktionszweige, sondern darin liegt, daß die Kaufkraft in der ganzen Volkswirtschaft nicht gleichmäßig verteilt ist. Es ist die Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktion, worauf schon Marx hinwies, daß sie die Warenerzeugung glänzend organisiert, aber nichts dafür tut, um den Produzenten Absatz zu schaffen. Im Gegenteil, in ihrer Missernte liegt es, daß sie sich selbst den Markt abgräbt. Ganz kurz und verknüpft dargestellt in folgender Weise: Wenn der Absatz einer Industrie sinkt, so wird der Unternehmer trachten, die Lage durch Herabsetzung der Preise wieder herzustellen. Die Preise kann er aber nicht herabsetzen, wenn er seine Kosten vermindert. Unter den Kosten wird er in erster Linie die Löhne zu ermäßigen trachten. Indem er aber die Löhne herabsetzt, nñhrt er sich nur schenbar. Nun das nämlich alle Unternehmer in der Krise, so verlieren sie mehr als sie gewinnen. Denn die Reduktion der Löhne ruiniert den Markt. Wenn nun die Krise schon als Folge zu niedriger Löhne, das heißt zu geringem Kaufkraft der Arbeiterschaft entstanden ist, so werden die Unternehmer in Unterkenntnis über die Gesetze der allgemeinen Lage und in der Beharrnis zunächst eine Herabsetzung der Löhne erstreben, und die Arbeiter werden nicht imstande sein, diese abzuwehren. Indem die Unternehmer die Krise zu bekämpfen glauben, verschärfen sie sie. Das ist die wahre „Leberentzündung“, die mit Recht von den Nationalökonomern als „Anterkonjunkturelle“ bezeichnet wurde; allerdings ist das Wort in einem anderen Sinne zu verstehen: die Arbeiter können nicht genug konsumieren, und die einzige Hilfe in solch einer Krise wäre: die Löhne zu steigern, also die Profite zu vermindern, und dadurch den toten Punkt der Krise zu überwinden, was ja dann auch, wenngleich erst auf Umwegen, durch das „freie Spiel der Kräfte“ herbeigefñhrt wird.

In allen diesen Fällen des Kapitalismus spielen demnach beide Umstände zusammen mit: falsche Verteilung in den Produktionsphasen und falsche Verteilung der Kaufkraft. Es sind eben, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen will, die Absatzkrise für erweiterte Produktion noch nicht eröffnet und so flauen sich die Vorräte an.

Nun hat aber der Kapitalismus doch versucht, sich selbst zu organisieren. Die Produzenten schließen sich zu Verbänden zusammen und sorgen bereits in der Konjunkturalentwicklung dafür, daß die Erzeugung sich nicht „zu rasch“ ausdehnt. Das heißt: die Produkte der Industrie könnten freilich alle verbraucht werden, aber die Ausbeutung war zu rasch mit Mñdigkeit auf die Kaufkraft des Marktes. Die Kartelle „äugeln“ also etwas die Produktion. Aber indem sie die Konjunktur droffeln, hemmen sie auch die Entwicklung der Löhne. Es wird also einerseits der Markt nicht in dem Maße überfüllt, als es bei freier Konkurrenz der Fall wäre; auch die Kaufkraft des Marktes, die mit der Ausbeutung der Produktion bis zu einem gewissen Grade sinkt, wird vermindert. Dazu kommt noch ein zweites: jede Unternehmung, und mit besonderem Erfolge die Kartelle, trachten nach Vermindeung der Kosten, wenn der Absatz sinkt. Sie suchen daher die Löhne zu vermindern. Wichtigkeit bei mñderer Konjunktur, die Tendenz vorhanden sein, im Budget, in den Sachausgaben und Gehältern Ersparnisse zu erzielen. Jeder Produzent würde zwar wünschen, daß sein Konsum in den Absatzkrise kaufkräftiger würde, aber er, und auch das Kartell, wird sein Ziel nicht dadurch zu erreichen suchen, daß er selbst mit Lohn-

